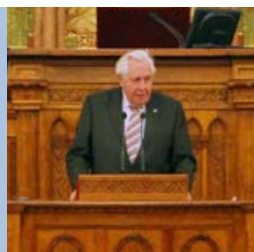


KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft

Unter ihrem Jahresmotto „Zeitenwenden – die Tagesordnung der Zukunft“ wird die KAS 2014 die tiefgreifenden Veränderungen und Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft in den Blick nehmen. In diesem Heft sind alle Beiträge, die über Veranstaltungen mit speziellem Bezug zu diesem Thema berichten, mit dem hier ersichtlichen Logo des Jahresmottos markiert.



POLITISCHER DIALOG:
Der Ehrenvorsitzende der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel, sprach zum 20. Todestag des ehem. Ministerpräsidenten Dr. Jozsef Antall im ungarischen Parlament.



RECHTSSTAAT:
Das KAS-Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika zog Bilanz, inwiefern Verfassungsreformen nach europäischem Vorbild auf Lateinamerika übertragbar sind.



DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG:
Auf einem gemeinsamen Symposium der KAS und der FW de Klerk Foundation betonte der ehem. südafrikanische Präsident die Notwendigkeit wirklicher Transformation.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Europapolitik
- Seite 6
Politischer Dialog
- Seite 10
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 12
KAS-Panorama
- Seite 14
Umwelt, Klima- und Energiepolitik
- Seite 16
Medien
- Seite 18
Rechtsstaat
- Seite 20
Demokratie und Entwicklung
- Seite 23
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 24
Neuerscheinungen

„EIN SCHATZ, DEN ES ZU SCHÜTZEN GILT“

Der frühere Präsident der Französischen Republik, Nicolas Sarkozy, hat bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft für Europa unterstrichen.

Vor 500 Gästen im Allianz-Forum am Pariser Platz, darunter auch der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahlen David McAllister, sagte er: „Diese Freundschaft ist existenziell und der Sockel Europas. Sie ist unser gemeinsamer heiliger Schatz. Weil sie zerbrechlich ist, müssen wir sie schützen, indem wir den Schutzwall darum immer weiter verstärken.“ Ohne das deutsch-französische Band wäre Europa in ernster Gefahr, weil die Gefahr der Teilung drohe, so Sarkozy weiter.

Sarkozy warb in seiner halbstündigen Rede dafür, der Regelungswut Brüssels Einhalt zu gebieten. Europa solle sich besser auf das



Wesentliche konzentrieren. „Alles regeln zu wollen, gehörte nicht zu den Ideen der europäischen Gründungsväter“, so der frühere französische Präsident. Europa dürfe seine Bürger und Unternehmer nicht mit unverständlichen Verordnungen zur Verzweiflung bringen. Stattdessen müsse das Augenmerk auf den Erhalt von Demokratie, Frieden und Rechtsstaatlichkeit – Grundvoraussetzungen für Wohlstand – liegen.

> Fortsetzung auf Seite 3

Nicolas Sarkozy, Präsident der Französischen Republik zwischen 2007 und 2012, hielt in Berlin eine Rede zum Thema: „Frankreich, Deutschland und Europa“.

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



2014 ist ein wichtiges Jahr für Europa. 500 Millionen EU-Bürger sind aufgerufen, Ende Mai ihre Stimme für das Europäische Parlament abzugeben. Dieses wird bereits seit 1979 direkt gewählt, doch diesmal ist die Bedeutung der Wahl noch größer: Es handelt sich um die erste Europawahl seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009. Darin sind die Gesetzgebungskompetenzen des Europäischen Parlaments erheblich erweitert worden. Nicht zuletzt hat es nun das Recht, gemeinsam mit dem Ministerrat über den Haushalt der EU zu entscheiden und die Besetzung der EU-Kommission mitzubestimmen.

Nachdem die in Deutschland geltende Drei-Prozent-Hürde durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde, erhöhen sich die Chancen populistischer und europaskeptischer Parteien, einen Sitz im EU-Parlament zu erhalten. Aktuell lässt sich beobachten, dass ähnlich orientierte politische Vereinigungen in ganz Europa Aufwind haben. Zwar dürfte die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments Umfragen zufolge durch den Einzug der Populisten nicht in Gefahr geraten, dennoch: Das Bild eines zerklüfteten Parlaments, am linken und rechten Rand bevölkert von Parteien, die das europäische Einigungswerk geringschätzen oder in Abrede stellen, wird der gestiegenen Bedeutung dieser demokratischen Institution nicht gerecht.

Mit dem Machtzuwachs des Europäischen Parlaments steigt auch dessen Verantwortung, als zuverlässiger Akteur an der Gestaltung der Europapolitik mitzuwirken. Gerade heute benötigen die Europäer gut funktionierende und zielorientierte EU-Institutionen, und dies vor allem aus zwei Gründen.

Erstens: Alle Mitgliedstaaten, und zuallererst die Länder der Eurozone, müssen den Weg der Konsolidierung ihrer Haushalte fortsetzen, damit die EU gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgeht. Seit 2010 ist auf EU-Ebene sehr viel unternommen worden. Die Tatsache, dass Irland und Spanien den EU-IWF-Rettungsschirm bereits verlassen haben, beweist, dass die Union auf dem richtigen Weg ist. Allerdings muss noch sehr viel unternommen werden, damit Wachstum und Beschäftigung überall in Europa wieder zunehmen.

Zweitens: Die Ereignisse in der Ukraine zeigen, wie wichtig es ist, dass die EU auch institutionell in die Lage versetzt wird, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen. Nur auf deren Grundlage können die Europäer mit einer Stimme sprechen. 100 Jahre nach Beginn des Ersten, 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Fall der Mauer ist die EU mehr denn je verpflichtet, sich für ihre Werte einzusetzen: Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie muss dies auch mit Blick auf diejenigen Länder tun, die sich, wie die Ukraine, in Richtung der EU orientieren. Ich wünsche mir, dass von der Europawahl das Signal ausgeht, dass diese Werte ihre Bedeutung nicht verloren haben. Die EU ist eine Wertegemeinschaft, und es geht nun darum, das Erreichte zu bewahren.

Die vorliegende Ausgabe der KAS International widmet sich dem Schwerpunkt Europa und präsentiert einige Projekte der Stiftung in diesem Bereich. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Berlin, im März 2014

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

- Dr. Stefan Friedrich
(Gesamtkoordination)
- Silke David
- Isabel Peter
- Matthias Bauer
(Wirtschafts- und Sozialordnung)
- Dr. Céline-Agathe Caro
(Europapolitik)
- Dr. Stefan Friedrich
(Werte und Religionsdialog)
- Sebastian Barnet Fuchs
(Demokratie und Entwicklung)
- Peter Girke
(Rechtsstaat)
- Dr. Christian Hübner
(Umwelt-, Klima- und Energiepolitik)
- Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)
- Martina Kaiser
(Medien)

Kontakt über:
vorname.nachname@kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign, Köln

© 2014
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID: 10421-1403-1007



Nicolas Sarkozy
beim Eintrag in das
Gästebuch der KAS

SCHWERPUNKTTHEMA ■

„EIN SCHATZ, DEN ES ZU SCHÜTZEN GILT“

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Mit freundlichen Worten ging Sarkozy schließlich auf die politische Autobiographie Hans-Gert Pötterings ein, die offiziell am 16. März vorgestellt worden ist. Er nannte Pöttering einen engagierten Europäer und erinnerte an dessen Werdegang beginnend in einem „durch die Nazi-Barbarei zerstörten Europa ohne Zukunft“ in einer geteilten Welt. Pöttering konnte Zeuge davon sein, wie Adenauer, De Gasperi und de Gaulle es geschafft haben, Eifersüchteleien zu überwinden. Dem Prinzip, sich egoistisch über andere Nationen zu stellen, setzten sie das des Handelns im Sinne des Gemeinwohls gegenüber und hätten so Europas Existenz in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesichert.

Wenige Tage nachdem das Bundesverfassungsgericht die deutsche Drei-Prozent-Hürde für die Europawahlen aufgehoben hatte, bemängelten Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert wie auch Pöttering in ihren Ansprachen das Urteil. Lammert sagte, der mit fünf zu drei Stimmen zustande gekommene Richterspruch sei zum jetzigen Zeitpunkt in der Geschichte des Europäischen Parlaments „nicht hilfreich“, weil er im Kern einen „verfassungsrechtlich verkleideten Euroskeptizis-

mus“ transportiere. Pöttering ergänzte, dass das Europäische Parlament mindestens genauso schützenswert sei wie der Deutsche Bundestag und bezog sich damit auf die Urteilsbegründung. Es sei eine Fehleinschätzung zu glauben, dass man im Bundestag Mehrheiten brauche, dies auf das Europäische Parlament aber nicht zutreffe. „Wir brauchen auch im Europäischen Parlament stabile Mehrheiten. Das wird durch das Urteil nun immer schwieriger“, so Pöttering. Er hoffe, dass das Bundesverfassungsgericht seine Andeutung tatsächlich umsetzt und in naher Zukunft seine Entscheidung revidiert.



v.l.: Eva Majewski,
EDS, Dr. Martin
Axmann, Hanns-
Seidel-Stiftung,
Dr. Edmund
Stoiber, Philipp
Mißfelder MdB
und Frank Speng-
ler, Leiter des
KAS-Auslands-
büros in Ungarn

GEMEINSAM IN EUROPA – DEUTSCH-UNGARISCHE PERSPEKTIVEN

Am 27. Februar 2014 veranstalteten die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung ein Kolloquium zu dem Thema „Gemeinsam in Europa – Deutsch-Ungarische Perspektive“ mit dem ehem.

bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber und Philipp Mißfelder MdB, dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands. Die Gäste diskutierten mit Vertretern der European Democrat Students (EDS) und den Jugendverbänden von FIDESZ.

In seiner Eröffnung ging Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, auf das ungarische Superwahljahr mit Parlaments-, Kommunal- und Europawahlen ein und betonte die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs über den zukünftigen europäischen Weg.

Dr. Stoiber ging in seinem Vortrag auf die wachsende Euroskepsis vieler Bürger Europas ein. Er hob insbesondere die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus hervor. Zwar habe die Europäische Union ihr Gründungsversprechen – Frieden – erfüllt, doch bliebe sie vor allem für die Bewahrung der Freiheit weiterhin notwendig: „Gäbe es die EU nicht, so müssten wir sie heute erfinden.“





PERSPEKTIVEN FÜR DAS NÄCHSTE EUROPÄISCHE PARLAMENT

„Designing the Future of Europe – Perspectives for the next European Parliament“ war der Titel einer Konferenz, zu der das Büro Madrid der KAS zusammen mit seinem spanischen Partner INEHCA nach Sitges (Barcelona) eingeladen hatte. Alle Redner hoben die „historische Bedeutung“ der bevorstehenden Europawahlen hervor. Europa stehe vor entscheidenden Jahren, die entweder zu einer Stärkung oder Fragmentierung der EU und der Eurozone führen könnten.

Anders als in der Vergangenheit könne das Europaparlament heute durch seine gestärkten Rechte und ein gewachsenes Selbstbewusstsein bei dieser Weggabelung eine entscheidende Rolle spielen. Der bevorstehende Wahlkampf müsse deshalb so geführt werden, dass er die in Teilen der Bevölkerung erkennbare Entfremdung von Europa stoppe und nicht zusätzlichen Platz für Kräfte schaffe, die Europa zurückentwickeln oder ganz zerschlagen wollten.

Die Diskussions-
teilnehmer (v.l.):
Francisco Gambús,
Direktor INEHCA,
James Elles, Euro-
paabgeordneter,
Thomas B. Steh-
ling, Leiter der
Konrad-Adenauer-
Stiftung in Madrid,
Josep Duran i Lle-
ida, Präsident der
UDC, Klaus Welle,
Generalsekretär
des Europäischen
Parlaments, Salva-
dor Sedó, Europa-
abgeordneter
Quelle: INEHCA

EUROPÄISCHE HERAUS- FORDERUNGEN 2014

EINE SLOWAKISCHE PERSPEKTIVE

Am 22. Januar 2014 organisierte das Europabüro der KAS in Brüssel mit der CDU Brüssel-Belgien den Jahresempfang 2014. Hauptredner waren Mikuláš Dzurinda (Foto unten), der Präsident des Centre for European Studies und ehem. Ministerpräsident der Slowakei, sowie der Vorsitzende der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP. Dzurinda, dessen Politik vielen anderen Ländern der EU als Beispiel gilt, betonte, dass Europa weiterhin Reformwillen zeigen müsse und es nach wie vor einige Felder gäbe, in denen eine tiefere Integration möglich sei. Deshalb bedürfe es der Zusammenarbeit und des internen Wettbewerbs, die die Entwicklung eines vereinten Europas fördern. In Zukunft käme es auf alle Staaten der EU an, unabhängig von geographischer Größe oder Bevölkerungsdichte, unterstrich nochmals Pöttering nach dem Gastredner.



GEORGISCHE STAATSSPITZE BEKENNT SICH ZUM EU-KURS

An einer KAS-Konferenz am 9. Dezember 2013 in Tiflis nahmen die ranghöchsten Politiker Georgiens teil. Präsident Giorgi Margvelashvili bezeichnete in seiner Ansprache den europäischen Kurs Georgiens als „historisches Erbe und künftige Verpflichtung“. Neben dem Präsidenten bekräftigten auch Parlamentspräsident David Usupashvili und Premierminister Irakli Garibashvili den europäischen Kurs Georgiens. Die Konferenz fand im Anschluss an den Vilnius-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft der EU statt, auf dem Georgien und die EU das Assoziierungsabkommen paraphierten. Unter dem Titel „Eastern Partnership – Roadmap after Vilnius Summit“ hatte die KAS georgische Regierungsmitglieder, Vertreter des Parlaments und der Zivilgesellschaft eingeladen, den Fahrplan bis zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im Sommer 2014 zu präsentieren und zu diskutieren.

v.l.: Dr. Canan
Atilgan, Leiterin
des Regional-
programms
Politischer Dialog
Südkaucasus,
Giorgi Margve-
lashvili, Präsident
Georgiens, David
Usupashvili, Präsi-
dent des georgi-
schen Parlaments,
Irakli Gharibash-
vili, Premier-
minister, und
Philip Dimitrov,
EU-Botschafter
in Georgien

DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE FINANZPOLITIK

Am Abend des 20. Januar 2014 konnte die KAS anlässlich einer Diskussionsrunde zur europäischen und deutschen Finanzpolitik den stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus MdB, und Andreas Krautscheid, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes deutscher Banken, in London begrüßen. Im Fokus dieser Diskussionsrunde standen neben den Ergebnissen der Bundestagswahlen folgende Themen:

Europas Zukunft: Deutschland demonstriert trotz europäischer Finanzkrise Wirtschaftsstärke. Entgegen des Aufwärtstrends von euroskeptischen Parteien in ganz Europa scheiterte die Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Ohne Sperrklausel wird hingegen bei den Europawahlen im Mai 2014 mit dem Einzug der AfD in das Europäische Parlament gerechnet. Weitere Herausforderungen sind der bevorstehende Stress-test europäischer Banken sowie die hohe Arbeitslosenquote in Südeuropa.

Finanzmärkte: Da sich innerhalb der Eurozone auch eine Bankenunion entwickelt, wird es zwangsläufig zu vermehrter Konkurrenz, Vorschriften und Einschränkungen kommen. Diese neuen Entwicklungen werden sich 2014 weiter fortsetzen. Die Notwendigkeit, die EU so zu reformieren, dass gezielt auf nationale Krisen geantwortet werden kann, steht hierbei im Mittelpunkt dieser Entwicklung.



v.l.n.r.: Ralph Brinkhaus, stv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, Hans Blomeier, Leiter KAS-London, Prof. John Ryan, University of Cambridge, Andreas Krautscheid, Deutscher Bankenverband

EUROPAPOLITIK ■



Referenten der griechisch-italienischen Migrationskonferenz in Rom

GRIECHISCH-ITALIENISCHE FACHKONFERENZ ZUM THEMA MIGRATION

Griechenland und Italien werden 2014 nacheinander die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Beide Länder stellen unter anderem das Thema Migration in den Mittelpunkt ihrer jeweiligen Präsidentschaft – sind beide doch stark von den Auswirkungen der kontinuierlichen Flüchtlingsströme aus Afrika und Asien nach Europa betroffen. Vor diesem Hintergrund organisierten KAS-Rom und KAS-Athen gemeinsam eine Fachkonferenz zum Thema. Griechische und italienische Experten sowie Fachleute aus Brüssel analysierten die aktuelle Migrations- und Asylpolitik auf europäischer wie nationaler Ebene. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der Situation in den Herkunftsstaaten der Migranten sowie den entwicklungspolitischen Strategien für diese Länder, da nach Ansicht der Experten hier wesentliche Lösungen für die politisch schwierigen Fragen einer nachhaltigen europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik liegen.

EUROPA IN WISSENSCHAFT UND POLITIK

Am 24. und 25. Februar 2014 fand die gemeinsam vom Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung organisierte Tagung „Europa in Wissenschaft und Politik“ in Straßburg statt. Rund 20 Wissenschaftler aus Hochschulen und Forschungsinstituten erörterten mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg aktuelle Herausforderungen der europäischen Politik.

Am Freitag diskutierten die Vertreter von Wissenschaft und Politik rechts- und innenpolitische Themen: Zum einen die Pläne zur Schaffung eines europäischen Staatsanwalts, zum anderen die aktuelle Debatte über Freizügigkeit und den Zugang zu nationalen Sozialleistungssystemen (sog. „Armutsmigration“). Eine Bewertung der bisherigen Eurokrisenpolitik sowie die nächsten Schritte zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion wurden am Folgetag kontrovers erörtert. Abschließend kamen auch die aktuelle Entwicklung in der Ukraine sowie die Implikation für die künftige Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik zur Sprache.



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a. D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Aung San Suu Kyi

KAS-VORSITZENDER ERÖFFNET NEUES KAS-BÜRO IN MYANMAR

Vom 14. bis 17. Februar besuchte der Vorsitzende der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, gemeinsam mit dem stv. Generalsekretär Dr. Gerhard Wahlers Myanmar. Dieser erste Besuch stand ganz im Zeichen der Eröffnung des neuen Auslandsbüros unter Leitung von Dr. Thomas Lawo in der Wirtschaftsmetropole Yangon. In Verbindung mit diesem Besuch konnten ausführliche politische Gespräche geführt werden, unter anderem im Myanmar Peace Centre mit dem für die Friedensverhandlungen mit den ethnischen Rebellenarmeen zuständigen Minister U Aung Ming und dem für die Koordination der Zentralregierung verantwortlichen Minister im Präsidialamt, U Soe Thane. In der Hauptstadt Nay Pyi Taw fanden außerdem Treffen mit Parlamentariern verschiedener ethnischer Parteien und der Opposition statt.

Eine Begegnung mit der Friedensnobelpreisträgerin und Vorsitzenden der führenden Oppositionspartei National League for Democracy, Daw Aung San Suu

Kyi, erlaubte einen offenen Gedankenaustausch zu Fragen des Parlamentarismus, der notwendigen Verfassungsreformen und den für 2015 geplanten ersten freien und allgemeinen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Zum Abschluss dieses Besuchs empfing der Vize-Präsident der Union Myanmar, Dr. Sai Mauk Kham, die KAS-Delegation im Präsidentenpalast und sicherte der Konrad-Adenauer-Stiftung die volle Unterstützung seitens der Regierung für die Arbeit im Land zu. Die politischen Reformen seit 2011, der Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie sowie der interne Friedensprozess wurden in einem offenen Gespräch erörtert. Besondere Erwähnung fanden auch die Erfahrungen Deutschlands im Transformationsprozess nach der Wende und die Integration der Europäischen Union, als deren ehemaliger Parlamentspräsident Dr. Pöttering seine persönlichen Erfahrungen einbringen konnte.

CHINAS ROLLE IN DER WELT UND DIE EUROPÄISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

Renommierte Experten chinesischer Think Tanks, Vertreter des Deutschen Generalkonsulats und internationale Wissenschaftler diskutierten mit KAS-Vertretern über die chinesische Außenpolitik. Nach der Amtsübernahme im März 2013 befasste sich die neue chinesische Regierung in den ersten Monaten mit der Machtkonsolidierung nach innen. Erst langsam werden nun neue Tendenzen in der Außenpolitik deutlich. China tritt als selbstbewusster Akteur auf dem internationalen Parkett auf. Handel und Sicherheit stehen dabei im Zentrum der chinesischen Bestrebungen. Die seit 1975 bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen China und der EU entwickeln sich stetig weiter, im November 2013 fand das Gipfeltreffen der chinesischen und europäischen Führung zum 16. Mal statt, und die Zahl der Dialogprogramme wird weiter



Jens Paulus, Teamleiter Europa und Amerika, und Thomas Awe, Leiter des KAS-Büros Peking, diskutieren mit chinesischen und internationalen Experten über Chinas neue Außenpolitik.

diversifiziert. Die EU wird von China als monolithischer Block wahrgenommen, vor allem als Wirtschaftspartner. Die ausgeglichene und friedliche Außenpolitik Europas bewerteten chinesische Experten sehr positiv, da auch China permanenten Frieden in Asien anstrebe.

„Costa Rica wählt!“

Kandidatendebatte in TV und Radio

Am 5. und 6. Januar fanden zwei Debatten der 13 Präsidentschaftskandidaten für Costa Rica statt. Mitgewirkt haben auch der Tribunal Supremo de Elecciones (TSE, Wahlgerichtshof), das Sistema Nacional de Radio y Televisión (SINART, Nationale Radio- und Fernsehbehörde) und FLASCO. Die Kandidaten stellten ihre Vorschläge vor und verglichen diese mit denen ihrer Herausforderer. Vor allem Themen wie soziale Ungleichheit, Armut, Infrastruktur, Steuersystem, Konkurrenzfähigkeit, Korruption, Transparenz und demokratische Regierbarkeit standen dabei im Vordergrund. Ergänzend wurden gemeinsam mit Radio Monumental Interviews mit den Präsidentschaftskandidaten geführt und ausgestrahlt.

Dialog und Konsensbildung in der Politik

Patria Verde, eine zivilgesellschaftliche Jugendorganisation, die der Partido Popular Panama nahe steht, und die KAS organisierten im Januar



Junge Leute lernen Kommunikations- und Dialogformen zwischen Politik und Zivilgesellschaft.

das Seminar „Dialog und Konsensbildung in der Politik“. Es ermunterte Mitglieder von Patria Verde und weitere junge Nachwuchspolitiker, neue Kommunikationsformen und Dialogmöglichkeiten mit staatlichen Institutionen, der politischen Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft anzuregen und zu nutzen.

Erster Diplomado

„Nationale Sicherheit“ in Mexiko

Im Februar startete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko in Zusammenarbeit mit der PAN den ersten Diplomado „Nationale Sicherheit“. 20 Teilnehmer aus ganz Mexiko nehmen an den mehrwöchigen Ausbildungseinheiten teil, welche sich mit Fragen zu Risiken und Möglichkeiten der nationalen Sicherheit sowie mit den Beziehungen zwischen Militär und Bevölkerung und dem Einfluss mexikanischer Außenpolitik auf die nationale Sicherheit auseinandersetzen.

POLITISCHER DIALOG

FÜR EINE POLITIK AUS VERANTWORTUNG

Anlässlich seines Besuchs in Tunesien im Rahmen eines politischen Dialogprogramms nahm Dr. Klaus Schüler, Bundesgeschäftsführer der CDU, an einer Gesprächsrunde am 25. Januar 2014 zum Thema „Für eine Politik aus Verantwortung – Christdemokratie: Grundsätze und Geschichte“ teil. Schüler stellte dabei die grundlegenden Werte der CDU ins Zentrum seiner Ausführung, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit, und unterstrich die Bedeutung des Konzeptes der Union, auf dem die Partei sich gegründet hat und heute noch beruht. „Die CDU ist eine politische Strömung, die zum Dialog offen, tolerant und kompromissbereit ist und die großen Wert auf gegenseitigen Respekt legt“, so Schüler. Die mit dem arabischen Observatorium für Religionen und Freiheiten organisierte Runde bot zugleich Gelegenheit, die neue KAS-Publikation „Die Christdemokratie: Grundsätze und Prinzipien“ in einer arabischen Fassung vorzustellen.



Dr. Klaus Schüler, Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands, und Prof. Mohamed Haddad, Präsident des arabischen Observatoriums für Religionen und Freiheiten

ÜBERGANG UND WIEDERGUTMACHTUNG IN KOLUMBIEN

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft



Der Repräsentant der KAS in Kolumbien, Dr. Hubert Gehring (links), mit Humberto de la Calle

Im Dezember 2013 hat die KAS-Kolumbien gemeinsam mit dem Institut für Politikwissenschaften ICP das Forum „Zwischen Übergang und Wiedergutmachung: Herausforderungen für die kolumbianische Gesellschaft nach einem Friedensabkommen“ veranstaltet. Diskutiert wurde darüber, welche Probleme sich dem Land bei einem Übergang vom bewaffneten Konflikt zu einem dauerhaften Frieden stellen können.

SICHERHEITSPOLITISCHE REFORMEN IM KONGO?

Am 12. Februar 2014 begann die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kinshasa mit einer neuen Veranstaltungsreihe zu aktuellen Themen in der Demokratischen Republik Kongo. Bei dieser Runde diskutierten nationale und internationale Sicherheitsexperten über notwendige Reformen in der Militär- und Polizeijustiz. Gerade in diesem Bereich gibt es eine ganze Reihe offener Fragen, die für Unsicherheiten sorgen. Über Lösungsansätze und mögliche Reformen sprachen der stellvertretende Leiter der nationalen Polizei, zwei Staatsanwälte des Höchsten Militärgerichts und des Obersten Gerichtshofs sowie weitere Experten.



Diskussion zur Militärjustiz beim Runden Tisch in Kinshasa

Der Ehrenvorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel, würdigt das Lebenswerk von József Antall.

POLITISCHER DIALOG

PARAMETER DER PARTNERSCHAFT IM WANDEL:

USA – TÜRKEI – DEUTSCHLAND

Die USA, Türkei und Deutschland sind Partner in einem wichtigen strategischen Beziehungsgeflecht mit weitreichenden Implikationen. Am 3. und 4. Dezember 2013 war diese strategische Partnerschaft Thema einer Veranstaltung in Ankara. Think-Tank-Vertreter und Wissenschaftler behandelten wichtige Parameter dieser Kooperation sowie Veränderungen von Einflussfaktoren, u. a. die aktuelle Ausrichtung der türkischen Innenpolitik. Des Weiteren wurden Themen wie die wirtschaftliche Entwicklung und sicherheitspolitische Herausforderungen behandelt.



Die Diskussionsteilnehmer in Ankara

Diskutiert wurden auch Veränderungen in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik unter der AKP-Regierung und der Wandel der türkischen Nahostpolitik mit Blick auf die Transformationsprozesse in der arabischen Welt. Die anschließende öffentliche Podiumsdiskussion umfasste

das komplexe Beziehungsgeflecht USA – Türkei – Deutschland. Im Sinne der Nachhaltigkeit wurden Follow-up-Seminare in Washington und Potsdam sowie eine Publikation beschlossen.



GEDENKEN AN JÓZSEF ANTALL

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft

Zum 20. Todestag des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. József Antall fand eine Gedenksitzung im ungarischen Parlament statt, an der auch der Ehrenvorsitzende der KAS, Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Bernhard Vogel, teilnahm.

Mehr als 500 hochrangige Gäste, unter ihnen auch Staatspräsident Dr. János Áder, nahmen an der Gedenkveranstaltung teil. Nach der Begrüßung durch Parlamentspräsident Dr. László Kövér hielten Ministerpräsident Dr. Viktor Orbán und Prof. Dr. Bernhard Vogel die Gedenkansprachen. Sie erinnerten an Antalls Verständnis von einem auf christlichen Werten ruhenden Ungarn. Prof. Dr. Vogel wies auf Antalls Verdienste hin, das Land zurück in die europäischen Strukturen geführt zu haben. Er erinnerte auch an die Tapferkeit der Ungarn, durch die frühzeitige Grenzöffnung in Sopron der Deutschen Einheit den Weg geebnet zu haben.

LEBENSGESCHICHTEN UND ERINNERUNGSPOLITIK



Das KAS-Auslandsbüro in Riga führt gemeinsam mit lettischen Wissenschaftlern ein historisches Kolloquium zur Erinnerungspolitik durch. Dozen-

ten unterschiedlicher Fachrichtungen beleuchten einzelne Diskurse, u. a. das Erinnern und Vergessen in Bezug auf den Holocaust, das Schicksal der Sinti und Roma und die Frage eines ethnisch eingefärbten Geschichtsverständnisses. Durch die Sowjetzeit und den großen russischsprachigen Bevölkerungsanteil sind sich widersprechende Geschichtsinterpretationen und Erinnerungskulturen häufig. Das lettische Narrativ konzentriert sich auf die lange russische Okkupationszeit, die besonders mit Augenmerk auf erbrachte Opfer rezipiert wird. Die umfassende Aufarbeitung der Sowjetzeit wird dadurch erschwert, die Erfahrungen der Judenverfolgung und anderer Minoritäten geraten

in den Hintergrund. Eine gemeinsame Erinnerungskultur ist noch im Entstehen. Die KAS-Lettland fördert und begleitet diesen Prozess, mit dem die Basis für das zukünftige Zusammenleben der heterogenen Bevölkerungsgruppen geschaffen werden kann.



Sich erinnern, um nach vorne zu schauen: Die Erinnerung im Baltikum an Okkupation und Gewalt

Kooperation im Dreiklang in Zeiten des Wandels – Konferenzteilnehmer aus Europa, der Levante und den Golf-Staaten



POLITISCHER UMBRUCH IM NAHEN OSTEN

DIE EU UND DIE GOLFGEGION VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft



Seit Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt sind die Levante und Ägypten zum Hauptschauplatz anhaltender Unruhen und politischer Umbrüche geworden. Auch die Möglichkeit einer weiteren Annäherung zwischen Iran und dem Westen setzt neue Maßstäbe in der Region. Anlass genug für das KAS-Regionalprogramm Golf-Staaten und das Auslandsbüro Amman, im Dezember 2013 Akademiker und Experten aus Europa, der Levante und den Golf-Staaten ans Tote

Meer in Jordanien einzuladen, um die strategischen Interessen im Nahen Osten neu zu überdenken.

Intensiv wurden Fragen der interregionalen Konfliktlösung erörtert. Die Experten waren sich einig, dass die aus den einzelnen Regionen stammenden politischen Agenden komplementär konzipiert werden müssten. Ein verstärkter überregionaler Dialog sei notwendig, um Synergien zu schaffen und Konflikte nachhaltig zu lösen.

ÜBERGABE DER KAS-STIPENDIENURKUNDEN

Am 10. Dezember 2013 nahm die Konrad-Adenauer-Stiftung drei neue Stipendiaten in Ungarn auf. Anwesend waren ca. 60 Gäste, darunter Vertreter von 15 Partnern sowie weitere (Alt-)Stipendiaten. Nachdem Frank Spengler, Leiter des KAS-Auslandsbüros Ungarn, die Gäste begrüßt hatte, ging Frank Priess, stellv. Hauptabteilungsleiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit der KAS, in seinem

Grußwort darauf ein, wie wichtig es sei, junge Menschen gezielt zu fördern, um nachhaltig die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen zu gewährleisten. Der Rektor der Andrassy-Universität, Prof. Dr. András Masát, beglückwünschte die neuen KAS-Stipendiaten.

Die Urkunden an die Stipendiaten überreichte Dr. István Klinghammer, Staatssekretär für Hochschulangelegenheiten. Er würdigte die weitgefächerte Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn und betonte, die Stipendiaten trügen nun nicht nur eine Verantwortung gegenüber der KAS, sondern auch gegenüber Ungarn. Die neuen Stipendiaten sind Szilvia Andriasik, Sebastian Bognár und Erika Izabella Horváth, Studenten der deutschsprachigen Andrassy-Universität Budapest.

Die neuen KAS-Stipendiaten aus Ungarn: Szilvia Andriasik, Sebastian Bognár und Erika Izabella Horváth (v.l.)



Die Initiatoren des Ateliers gegen den radikalen Islam in Mali – Mitte: Elke Erlecke, Leiterin des Regionalprogramms Pol. Dialog Westafrika

MALI – GEGEN DEN RADIKALEN POLITISCHEN ISLAM

Spätestens seit der Krise in Mali gewinnt der politische Islam immer mehr an Einfluss in der Sahelregion. Dieser Tatsache trug eine Regional-Konferenz am 5. und 6. Februar 2014 in Bamako Rechnung, die religiöse und traditionelle Führungspersonlichkeiten mit hochrangigen Militärs und Parlamentariern zusammenbrachte. Das Regionalprogramm Politischer Dialog in Westafrika hatte zu einer Bestandsaufnahme des radikalen politischen Islams in Mali und Westafrika eingeladen. Es stellten sich lokale und regionale Initiativen vor, die den radikalen politischen Islam bekämpfen. Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn, Unterabteilungsleiterin im BMZ, sagte, dass Dezentralisierung das Entstehen radikaler Tendenzen verhindern könne, da Kommunen der Ort sozialer Kohäsion seien. In ihnen könnten auch Jugendliche der Gefahr der Marginalisierung entgehen.



ROM: GEDENKEN AN DEN HOLOCAUST

Studierende der römischen Universität LUMSA suchten in einem Workshop mit dem Auslandsbüro Italien eigene Zugänge zur deutschen Okkupation Italiens während des Zweiten Weltkriegs: Sie besuchten Erinnerungsstätten wie das „Museum der Befreiung“, in dem während der deutschen Besatzung die SS ihren Sitz hatte. Die Studierenden setzten sich mit der Arbeit der Deutsch-Italienischen Historikerkommission auseinander, die sich mit der Aufarbeitung der gemeinsamen Kriegsvergangenheit beschäftigte, und

sprachen mit Schülern aus der jüdischen Gemeinde über den Holocaust.

Sie interviewten Zeitzeugen und erstellten aus all diesen Eindrücken ein Video, das am „Tag der Erinnerung an den Holocaust“ am 27. Januar eingebettet in eine Diskussionsrunde und eine Feierstunde gezeigt wurde. Beeindruckt vom Engagement der LUMSA-Studierenden komponierte der jüdische Komponist Eitan Steinberg von der Universität Haifa eigens für die Veranstaltung das Lied „Shalom“. Der italienische Staatspräsident zeichnete die Projektarbeit mit der „Medaille des Staatspräsidenten“ aus.



CHRISTEN IM ARABISCHEN FRÜHLING

Durch den Arabischen Frühling hat die Frage der Situation der Christen im Nahen Osten wiederholt Aufmerksamkeit erregt. Um die aktuellen Auswirkungen auf die Lage der Christen in den jeweiligen Ländern, aber auch die historischen Wurzeln des Christentums im Nahen Osten zu erkunden, veranstaltete das Libanon-Büro der KAS mit Unterstützung der Partei Forces Libanaises ein Seminar zu dem Thema: „Christians in Lebanon and the Middle East“.

An der Fachkonferenz nahmen religiöse Würdenträger, Experten der Islamwissenschaften, Vertreter verschiedener libanesischer Parteien, Diplomaten sowie Elmar Brok MdEP, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, und Frank Heinrich MdB teil.

Im Zentrum der Diskussionen standen Themen wie der interreligiöse Dialog, religiöser Extremismus und die Frage nach dem zukünftigen Zusammenleben der verschiedenen Konfessionen im Nahen Osten.

„TUNESIEN HAT ALLES, WAS ES FÜR DEN POLITISCHEN ERFOLG BRAUCHT“

PÖTTERING BESUCHT TUNESIEN

Im Rahmen seines Tunesien-Besuchs Anfang Januar 2014 sprach der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, seinen hochrangigen Gesprächspartnern seine Hoffnung und seinen Optimismus für den Erfolg des politischen Transformationsprozesses aus. „Wir wissen nicht, wohin uns die Ereignisse in Syrien, Ägypten und Libyen führen werden. Aber wir wissen, dass Tunesien mit seinen Bürgerinnen und Bürgern alles hat, was es für den notwendigen politischen Erfolg braucht. Ist die Politik erfolgreich, dann wird auch eine wirtschaftliche und soziale Verbesserung folgen“, erklärte Pöttering.

Der Vorsitzende der KAS traf u. a. den tunesischen Staatspräsidenten, Moncef Marzouki, den Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung, Mustafa Ben Jaafar, den Minister für Menschenrechte und Übergangsjustiz, Samir Dilou, sowie den ehemaligen Übergangspräsidenten und Präsidenten der Partei Nidaa' Tounes, Béji Caïd Essebsi.



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP im Gespräch mit dem Staatspräsidenten Tunesiens, Moncef Marzouki



Namhafte Experten diskutieren über die wirtschaftlichen Herausforderungen Asiens.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG ■

MOTOR DER WELTWIRTSCHAFT UNTER REFORMDRUCK

Asien bleibt der „Motor der Weltwirtschaft“, verringert aber seine Drehzahl. Da sich China als größte Wirtschaftsmacht der Region von zweistelligen Wachstumsraten verabschiedet hat, verliert die ökonomische Entwicklung auch in anderen asiatischen Volkswirtschaften an Fahrt. Eine Ursache für das verlangsamte Wachstum in Asien sind Handelsbarrieren, politische Instabilität und strukturelle Schwächen insbesondere im ordnungspolitischen Bereich.

Mögliche Lösungsansätze standen im Mittelpunkt einer zweitägigen Konferenz, zu der das Regionalprogramm „Soziale Ordnungspolitik in Asien“ (SOPAS) namhafte Wirtschaftsexperten aus der gesamten Region im Januar nach Bangkok eingeladen hatte. Die gravierenden Folgen politischer Instabilität ließen sich während der Konferenz am Beispiel „Thailand“ ablesen. Nach anhaltenden Protesten war im Januar über Bangkok der Ausnahmezustand verhängt worden.

PERSPEKTIVEN DER JUGEND IN UNGARN

Am 3. Dezember 2013 fand in Ungarn eine Tagung zum letztjährigen Jahresmotto der KAS, „Perspektiven der Jugend“, mit rund 80 Teilnehmern statt. Dr. Ralf Brauksiepe, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Foto), betonte: „Jugendarbeitslosigkeit ist im Augenblick die größte und wichtigste Herausforderung.“

Der Minister für Arbeit, Zoltán Balog, präsentierte die Reformen der ungarischen Regierung, z. B. die „Winter-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, die in strukturschwachen Gebieten rund 100.000 Arbeitsplätze schaffen sollen.



Eine Podiumsdiskussion mit Vertretern erfolgreicher ungarischer Start-Up-Unternehmen wie prezi.com, einer cloud-basierten Präsentationsanwendung, bildete den zweiten Teil der Veranstaltung. Die jungen Unternehmer zeigten, wie sie aus eigener Kraft ihr Unternehmen erfolgreich aufbauten. Organisiert wurde die Veranstaltung von der FIDESZ-Parteistiftung „Union für ein bürgerliches Ungarn“ und dem KAS-Auslandsbüro Ungarn.

HAT DER PAPST RECHT?

INTERNATIONALE KONFERENZ IN MEXIKO-STADT

Das apostolische Schreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus mit seiner harschen Kritik am „kapitalistischen Wirtschaftssystem“ und seine Sorge um die Würde des Menschen riefen weltweit sehr unterschiedliche Reaktionen hervor. Dies nahmen Prof. Dr. Stefan Jost, Leiter des Büros der KAS in Mexiko, und die KAS-Partnerorganisationen IMDOSOC und CISAV zum Anlass, um mit über 150 Teilnehmern über die Äußerungen des Papstes zu diskutieren.

Internationale Experten erörterten, dass die Reaktionen in Lateinamerika überraschenderweise eher spärlich ausfielen, während das Schreiben über die „Freude des Evangeliums“ von Ökonomen und Christen in den USA gleichermaßen breit diskutiert wurde. Gerade die Kritik des Papstes am weltweiten kapitalistischen Wirtschaftssystem erregte auch in Deutschland großes Aufsehen und sei ein wichtiger Grund, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft weltweit bekannter zu machen, so Dr. Karlies Abmeier, Koordinatorin für Religion und Werteorientierung bei der KAS.



v.l.n.r. Dr. Catherine Pakaluk (Ave Maria University, Florida), Dr. Karlies Abmeier (KAS), Prof. Dr. Stefan Jost (KAS-Mexiko)

FÜR EINE WIRTSCHAFT IM DIENST DES MENSCHEN

TUNESIEN: KAS UNTERSTÜTZT JUNGUNTERNEHMERVERBAND

Am 9. Januar 2014 stellten die Konrad-Adenauer-Stiftung und der tunesische Jungunternehmerverband CJD (Centre des Jeunes Dirigeants d'entreprise) die nationale Strategie für den Zeitraum 2014/2015 vor. Basierend auf den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft beruht die neue Strategie auf drei Eckpunkten: Unternehmertum, Steuerwesen und Ausbildung. Mit Unterstützung der KAS setzt sich der Verband für eine finanzielle, wirtschaftliche, soziale und umweltbewusste zukunftsorientierte Unternehmensführung ein. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit zielt die Arbeit des Verbandes darauf ab, im Laufe dieses Jahres eine nationale Befragung zum Platz der Jungunternehmer in der tunesischen Wirtschaft durchzuführen, deren Ergebnisse in die Debatten um die wirtschaftliche Orientierung und Strategie Tunesiens einfließen sollen.

Ausgewählte Veranstaltungen

(Die Zahlen im Quadrat ■ bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, ■ eine Veranstaltung in Deutschland)

■ KAS-PANORAMA

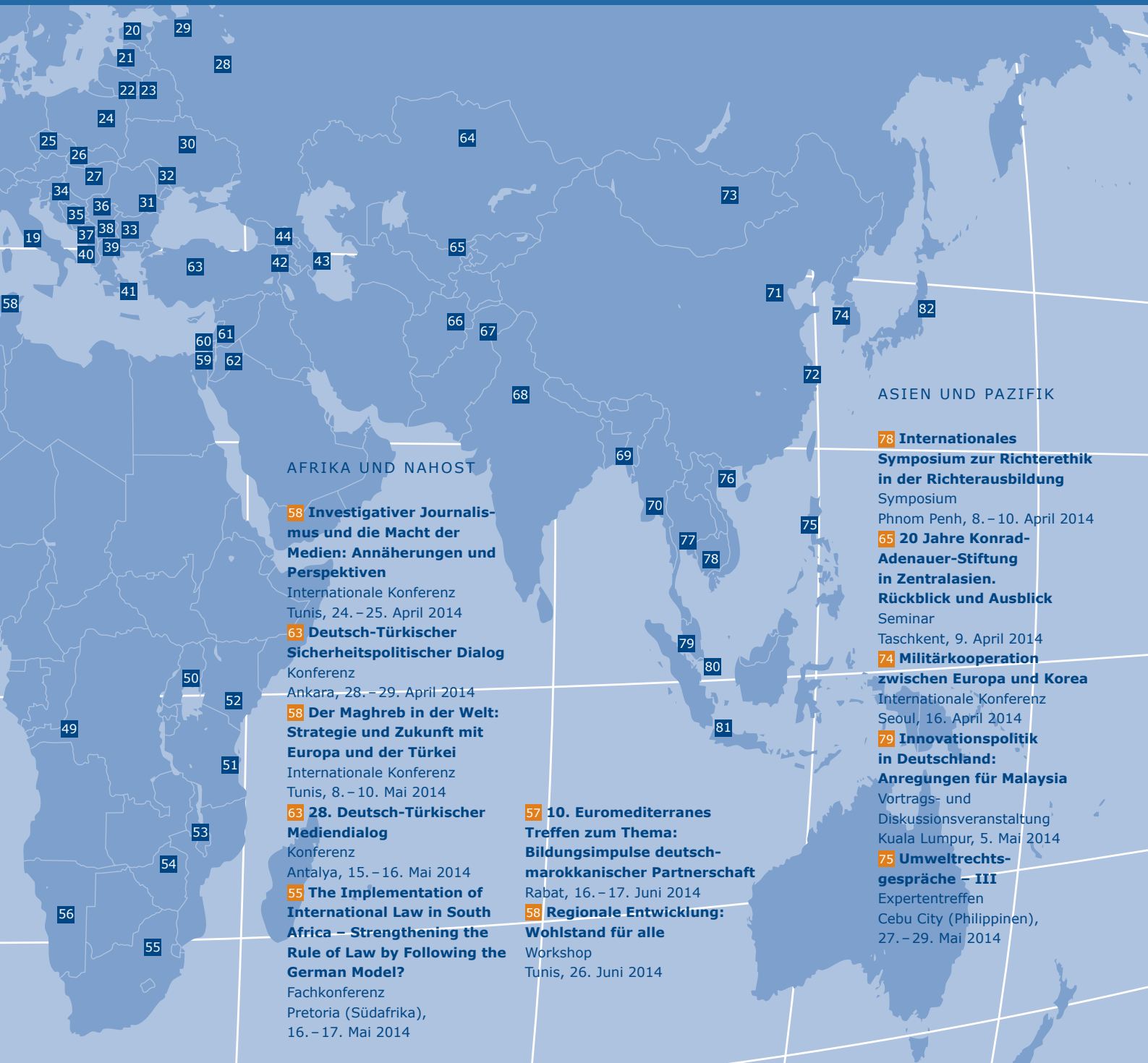
LATEINAMERIKA

1 Konstruktion einer neuen Weltordnung von Lateinamerika aus. Die Rolle der GestaltungsmächteInternationale Konferenz mit dem Humboldt-Lehrstuhl des Colegio de México
Mexiko-Stadt, 12. – 13. Mai 2014**2 Soziale Marktwirtschaft für Universitätsdozenten**Diplomkurs
Guatemala-Stadt, 12. – 16. Mai 2014**6 Aktuelle Herausforderungen für den Rechtsstaat**Seminar
Mendoza (Argentinien), 22. – 23. Mai 2014**6 Politischer Pluralismus als Verfassungsgrundsatz**Tagung
Sucre (Bolivien), 29. – 30. Mai 2014**6 Die Rechte der Opposition**Kolumbianisch-venezolanische Tagung
Bogotá, 5. – 6. Juni 2014**6 XX. Lateinamerikanisches Verfassungsrichtertreffen**Fachkonferenz
Buenos Aires, 16. – 18. Juni 2014

EUROPA UND NORDAMERIKA

15 Deutschland und Großbritannien: Gegensätze und GemeinsamkeitenDiskussionsveranstaltung
London, 23. April 2014**18 Transatlantic Roundtable**Expertengespräch
Mallorca, 27. – 29. April 2014**41 Europa – Nein, Danke?**Konferenz
Athen und Volos, 28. – 29. April 2014**26 Bratislava Global Security Forum (GLOBSEC)**Mit-Unterstützung der Slovak Atlantic Commission Bratislava
14. – 16. Mai 2014**19 Europa vor der Wahl & Europa nach der Wahl**Fachkonferenzen zur Parteienforschung
Rom, 15. Mai/11. Juni 2014**25 Wissenschaft und Wirtschaft als Motor der Innovation**Regionale Konferenz
Prag, 28. – 29. Mai 2014**18 Estoril Politisches Forum**Internationale Fachkonferenz
Estoril (Portugal)
23. – 25. Juni 2014

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** **1** Mexiko, Mexiko-Stadt **2** Guatemala, Guatemala-Stadt (Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika) **7** Ecuador, Quito **8** Peru, Lima **9** Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenen) **12** Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie) **13** Argentinien, Buenos Aires | **EUROPA UND NORDAMERIKA** **15** Deutschland, Bonn **16** Großbritannien, London **17** Frankreich, Paris **18** Spanien, Madrid **26** Slowakei, Bratislava **41** Griechenland, Athen **42** Armenien, Eriwan **43** Aserbaidschan, Baku **44** Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südosteuropa) **45** Italien, Rom **46** Nigeria, Abuja **47** DR Kongo, Kinshasa **48** Westafrika **49** Tunesien, Tunis **50** Uganda, Kampala **51** Tansania, Dar es Salaam **52** Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Golf-Staaten) **53** Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenen) **54** Albanien, Tirana **55** Türkei, Ankara **56** Namibia, Windhuk **57** Marokko, Rabat **58** Kasachstan, Astana **59** Israel, Jerusalem **60** Palästinensische Gebiete, Ramallah **61** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta **62** Japan, Tokio (Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien und Auslandsbüro) **63** Myanmar, Yangon **64** Kasachstan, Astana **65** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien und Auslandsbüro) **66** Republik Moldau, Chişinău **67** Republik Korea, Seoul **68** Philippinen, Manila **69** Vietnam, Hanoi **70** Mongolei, Ulan Bator **71** VR China, Peking und Shanghai **72** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta **73** Republik Korea, Seoul **74** Philippinen, Manila **75** Vietnam, Hanoi **76** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta **77** Japan, Tokio (Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien und Auslandsbüro)



Malaysia, Guatemala-Stadt 3 Honduras, Tegucigalpa 4 Costa Rica, San José 5 Venezuela, Caracas 6 Kolumbien, Bogotá (Auslandsbüro und regionales Programm in Lateinamerika) 10 Chile, Santiago de Chile 11 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika)

EUROPA 14 USA, Washington 15 Großbritannien, London 16 Belgien, Brüssel (Europabüro) 17 Frankreich, Paris 18 Spanien, Madrid 19 Italien, Rom 20 Slowakei, Bratislava 27 Ungarn, Budapest 28 29 Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg 30 Ukraine, Kiew 31 Rumänien, Bukarest (Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) 34 Kroatien, Zagreb 35 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo 36 Serbien, Belgrad 37 Montenegro, Podgorica 38 Kosovo, Pristina 39 Republik Albanien, Tirana (Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **SUBSAHARA-AFRIKA** 45 Senegal, Dakar 46 Ghana, Accra 47 Benin, Cotonou (Regionalprogramm Politischer Dialog) 48 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog) 53 Malawi, Lilongwe 54 Simbabwe, Harare 55 Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm) 56 Namibia, Windhoek (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika) 61 Libanon, Beirut (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika) 62 Jordanien, Amman (Auslandsbüro und Regionalprogramm Naher Osten/Nordafrika) 66 Afghanistan, Kabul 67 Pakistan, Islamabad 68 Indien, Neu Delhi (Auslandsbüro und Regionalprojekt SAARC) 69 Bangladesch, Dhaka 70 Thailand, Bangkok 78 Kambodscha, Phnom Penh 79 Malaysia, Kuala Lumpur 80 Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat)



Militärischer Schutz vor Protesten anlässlich der feierlichen Inbetriebnahme eines Windparks am Isthmus von Tehuantepec (Oaxaca, Mexiko) durch den Staatspräsidenten

ENERGIE- UND RESSOURCENSICHERHEIT IN LATEINAMERIKA. ABER NACHHALTIG.

Wie lassen sich Infrastruktur-, Energie- und Rohstoffprojekte in Lateinamerika im Einklang mit den Betroffenen und der Umwelt gestalten?

Die weltweite Rohstoff- und Energienachfrage steigt. Weitgehend stützen die aufstrebenden Ökonomien Lateinamerikas ihr Wachstum auf den Export von Bodenschätzen. Im Zuge internationaler Klimaschutzbemühungen werden auch Erneuerbare-Energien-Projekte aufgelegt. Dies bleibt nicht ohne Folgen für die Umwelt und die Territorien Indigener, deren

Interessen dabei in der Vergangenheit häufig eklatant missachtet wurden. Das hierdurch verloren gegangene Vertrauen muss nun wiederhergestellt werden. Das KAS-Rechtsstaatsprogramm widmet den einschlägigen Rechtsrahmen in Mexiko, Kolumbien und Brasilien eine Studie zu konkreten Erfahrungen, um den beteiligten Akteuren Handlungsoptionen und Reformbedarf aufzuzeigen. Am 3. und 4. März wurden in einem Workshop in Mexiko-Stadt unter der Leitung des mexikanischen Zentrums für Umweltrecht (CEMDA) zu diesem Zweck Ziele, Methoden, Partner und ein Arbeitsplan definiert.

ENERGIEGESPRÄCHE IN LONDON

Mit einem hochkarätig besetzten Panel begann am 10. März 2014 die nunmehr dritte Reihe der KAS-EUCERS Energy Talks am King's College in London. Unter Leitung von Prof. Friedbert Pflüger und vor einem fachkundigen Publikum diskutierten Experten aus Israel, Zypern, Türkei, Aserbaidshan, Rumänien, Griechenland und Großbritannien über die Gasvorkommen im Mittelmeer und deren Auswirkungen auf die Energiepolitik in der EU unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Türkei, Griechenlands und Zyperns.



Die Experten bei den EUCERS Energy Talks

Angeichts der schwelenden politischen Konflikte in der Region und der enorm komplexen Beziehungen der betroffenen Länder untereinander, aber

auch der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sowie der akuten Debatte zur Sicherung der Energieversorgung im Kontext der Krise in der Ukraine, entwickelte sich eine sowohl technisch interessante wie auch politisch höchst relevante Debatte zu diesen Fragestellungen.



Teilnehmer des Seminars „Forstwirtschaft und Bergbau versöhnen – Gegenwärtige Umweltprobleme in Asien“ beteiligen sich aktiv an Diskussionen über Bergbaufragen in Indonesien

FORSTWIRTSCHAFT UND BERGBAU VERSÖHLEN:

GEGENWÄRTIGE UMWELTPROBLEME IN ASIEN

In Kooperation mit der Hasanuddin-Universität Makassar veranstaltete die KAS in Indonesien ein Seminar zum Forst- und Bergbaumanagementrecht. Das Seminar bildete den Abschluss einer dreiteiligen Umweltrechtsgesprächsreihe in 2013. Seitens der Universität war eine hohe Zahl teilnehmender Studenten zu verzeichnen. Unter den indonesischen Sprechern fanden sich zudem hohe Beamte, Akademiker, Vertreter der Industrie sowie zivilgesellschaftlicher Graswurzelorganisationen. Neben den indonesischen nahmen auch Experten aus Malaysia, den Philippinen, Indien, Deutschland und Singapur teil und diskutierten u. a. die Integration von Umweltrecht in die Lehrpläne der Rechtsfakultäten.



Vom 6. bis 9. Januar fanden die ersten Schulungen statt, die von Dr. Andreas Marchetti (Universität Bonn) durchgeführt wurden.

WORKSHOP: „KOMMUNALE GESTALTUNG IM BEREICH KLIMA, ENERGIE UND UMWELT“

Im Januar 2014 führte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Maison de l'Elu in Marrakesch Schulungskurse zu dem Thema „Kommunale Gestaltung im Bereich Klima, Energie und Umwelt“ durch. Teilnehmer der Veranstaltung waren gewählte Bürgermeister, Generalsekretäre sowie Landräte aus der Region Marrakesch-Tensift-Alhaouz. Im theoretischen Teil der Schulung erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ausgehend von zahlreichen Beispielen aus Deutschland, ein umfassendes Bild über die Möglichkeiten bzw. die Lösungsansätze zum richtigen

Umgang mit Trinkwasser, zur Energieeffizienz sowie zur Müllbeseitigung. Die im anschließenden Praxis-Teil meistgenannten Probleme in den Kommunen der Teilnehmer waren die Müllentsorgung, das Fehlen von Grünflächen sowie das mangelnde Bewusstsein der Bürger bezüglich Umweltthemen. Im Anschluss sollten die Teilnehmer Ziele formulieren, welche sie dann in den eigenen Kommunen umsetzen wollen. Die Mehrzahl der vorgeschlagenen Projekte bezog sich dabei direkt auf die Lösung der oben genannten Probleme.

NACHHALTIGE ENERGIEPOLITIK IN OSTBORNEO

Der malaysische Bundesstaat Sabah im Nordosten von Borneo verfügt über reichhaltige Öl- und Gasvorkommen. Dennoch setzt die Regierung von Sabah verstärkt auf die Entwicklung einer nachhaltigen Energiepolitik, die auf der Nutzung von erneuerbaren Energien und der Erhöhung der Energieeffizienz basiert. Die KAS organisierte hierzu eine Konferenz in Kota, auf der Akademiker, Politiker und Wirtschaftsvertreter verschiedene energiepolitische Optionen diskutierten. Der Ministerpräsident von Sabah eröffnete die Konferenz mit einer Rede, wobei er die Förderung von einheimischen Technologien und Industrien zur Nutzung von erneuerbaren Energien als ein vorrangiges Ziel seiner Regierung in den kommenden Jahren nannte.

KLIMAWANDEL IM NORDEN PERUS – SEMINAR MIT JUNGEN REGIONALEN MEINUNGSFÜHRERN

Im Dezember 2013 organisierte die KAS im Norden Perus ein Seminar, um junge Meinungsführer und regionale Organisationen über die wissenschaftlichen Grundaspekte des Klimawandels zu informieren. Ziel war es, eine aktive und wirksame Bürgerbeteiligung anzuregen. Pedro Gamio, ehemaliger Vize-Minister für Bergbau und Energie und Leiter der Nichtregierungsorganisation *Energía Renovable Perú*, führte durch die Veranstaltung mit Hilfe angesehener peruanischer Klimaexperten.



KONFERENZ KLIMADIPLOMATIE MIT SU WEI

Im Herbst 2013 veranstaltete das Regionalprogramm Politikdialog Asien in Kooperation mit der Tsinghua-Universität Peking eine Konferenz zum Thema „Europe-Asia Cooperation on Climate Change Negotiations“. Die Eröffnungsrede hielt Su Wei (im Bild vordere Reihe, Mitte), Direktor der Klimawandelabteilung in der National Development and Reform Commission (NDRC) und Chefunterhändler Chinas in den Klimaverhandlungen. Kerninteresse Chinas sei es laut Su, ökonomisches Wachstum mit einer Verminderung des CO₂-Ausstoßes sowie Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Einklang zu bringen. Deshalb hätte das Land in den letzten Jahren große nationale Anstrengungen auf dem Energiemarkt und in der Technologieentwicklung unternommen. Auf internationaler Ebene engagiere sich China konstruktiv für ein regelbasiertes internationales Klimaregime. Su Wei hob besonders die Bedeutung der Kooperation zwischen Europa und Asien hervor, welche bisher stets erfolgreich gewesen sei.



v.l.: Dobromir Zhivkov, Leiter Geschäftsentwicklung und Medien-Analyst des Market Links Instituts; Christian Spahr, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa und CIJ-Geschäftsführerin Ioana Avadani

KAS-STUDIE: NUR JEDER FÜNFTE RUMÄNE HÄLT MEDIEN FÜR FREI

Nur 20 Prozent der Rumänen glauben an freie Medien. Das ergab eine repräsentative Meinungsumfrage, die das KAS-Medienprogramm Südosteuropa im Februar in Bukarest vorgestellt hat. 52 Prozent bestreiten, dass die Medien unabhängig sind, jeder Vierte ist unentschieden.

„Die Akteure der rumänischen Medienlandschaft haben ein Interesse, das Image der Branche zu verbessern“, sagte Christian Spahr, Leiter des regionalen Medienpro-

gramms. Für die meisten Rumänen ist das Fernsehen die wichtigste Quelle politischer Nachrichten. 29 Prozent nennen das Web, nur sieben Prozent die Zeitungen. „Für die Printmedien ist das ein Alarmsignal“, so Spahr. Zudem analysierte die KAS die Beliebtheit von Politikern in den rumänischen Medien. Meistgenannter Politiker ist Regierungschef Ponta, gefolgt von Staatspräsident Basescu. Obwohl Basescu als Person seltener erwähnt wird als Ponta, waren seine inhaltlichen Standpunkte häufiger Gegenstand der Berichterstattung.

ONLINE-PLATTFORM „RETE AL CANDIDATO“



Von November 2013 bis Januar 2014 entwickelte die KAS in Kooperation mit der costa-ricanischen Wochenzeitung El Financiero die Online-Plattform „Rete al Candidato“ („Fordern Sie den

Präsidentschaftskandidaten heraus“). Diese ermöglichte es den Bürgern, Aussagen der Präsidentschaftskandidaten auf deren Wahrheitsgehalt zu prüfen und im Anschluss mit den Kandidaten und anderen Plattform-Nutzern öffentlich zu diskutieren.

Eine Gruppe von Journalisten und Wirtschaftsexperten wählte die Fragen aus und versuchte, sie durch nach-recherchierte Fakten und Quellen wahrheitsgemäß zu beantworten. Das Ergebnis wurde auf die Internet-Plattform eingestellt. Die Kandidaten hatten anschließend die Möglichkeit, Stellung zu beziehen. Das Online-Projekt trug auf diese Weise zur Versachlichung der Debatte, einem besseren Zugang zu verlässlichen Quellen sowie mehr Partizipation der Wähler bei. Insgesamt wurden 265.000 Seitenaufrufe bei einer überdurchschnittlichen Verweildauer registriert.



v.l.: Shehu Sani, Präsident Civil Rights Congress, Ranti Daudu, National Human Rights Commission, Hildegard Behrendt-Kigozi, Leiterin des KAS-Auslandsbüros in Nigeria, und Chief Adegboyega Awomolo, SAN, in der Diskussion mit Teilnehmern

ETHIK, JUSTIZ UND DIE ROLLE DER MEDIEN IM RECHTSWESEN

Im Rahmen einer Roundtable-Diskussion unter dem Motto „Vision Nigeria“ organisierte die KAS am 11. Dezember 2013 in Abuja eine Veranstaltung für ca. 60 Medienvertreter und Rechtsanwälte. Ziel war es, Journalisten, Anwälte und Vertreter der Justiz zusammenzubringen, um Ideen auszutauschen und Wege der Zusammenarbeit zu finden, die den Zugang zu rechtlichen Fragestellungen und die Berichterstattung über öffentlichkeitswirksame Gerichtsverfahren verbessern.

Durch die Vielfalt der Diskussionsbeiträge konnte die Debatte aus verschiedenen Perspektiven geführt werden. Die Journalisten erklärten, warum es schwierig sei, über politische Fälle in Nigeria zu berichten. Sie reklamierten, dass sie für eine angemessene Berichterstattung Informationen von Polizei, Justiz und Rechtsanwälten benötigten, und forderten die Justiz auf, offizielle Informationen ohne Verzögerung weiterzugeben. Einer der anwesenden Juristen schlug vor, in den Justizbehörden den Posten eines Medienbeauftragten zu schaffen. Dies würde die Zusammenarbeit mit den Medien verbessern und für Transparenz sorgen.


MEDIEN ■

Journalistenschulen aus Asien unterzeichneten einen Kooperationsvertrag.

KAS-MEDIENPROGRAMM GRÜNDET NETZWERK FÜR JOURNALISTENSCHULEN

Seit mehr als einem Jahrzehnt unterstützt die KAS den Aufbau von Journalistenschulen in Asien. Im Rahmen des ersten Asian J-School Summit, den das Medienprogramm im Februar in Phnom Penh (Kambodscha) durchführte, unterzeichneten fünf führende Journalistenschulen aus der Region einen Kooperationsvertrag. Dieses auf den Namen Alliance of Asian Media Schools (AMS) getaufte Netzwerk soll die Zusammenarbeit und den Wissenstransfer zwischen den Ausbildungsstätten innerhalb Asiens fördern und zur Verbesserung der Journalistenausbildung beitragen.

Zu der neu gegründeten Allianz gehören das Konrad Adenauer Asian Center for Journalism an der Ateneo de Manila University auf den Philippinen, die Statesman Print Journalism School in Indien, die kommunikationswissenschaftliche Fakultät der Naiton University in Thailand, das Department of Media and Communication der Royal University in Kambodscha sowie das National Management College in Myanmar.

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft

OPTUNISME – POLITIKBERICHTERSTATTUNG UND UMBRÜCHE IN TUNESIEN



Zum dritten Jahrestag der Revolution veröffentlichte die KAS in Tunis das Magazin „OpTunisme“. Der Titel des Magazins soll weder Euphemismus noch Ironie widerspiegeln, sondern dem berechtigten Gefühl, das die Teilnehmer der deutsch-tunesischen Journalistenakademie im Herbst 2013 hatten, Ausdruck verleihen. Unter dem Motto „Politikberichterstattung und die Herausforderungen der Umbrüche in Nordafrika“ hatten sich Stipendiaten der Journalisti-

schen Nachwuchsförderung der KAS sowie Studierende des Instituts für Presse- und Informationswissenschaften (IPSI) der Universität La Manouba zehn Tage in gemischten Teams auf den Weg gemacht, um aktuelle und relevante politische Themen zu recherchieren und Beiträge für dieses Magazin zu erstellen. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf dem spezifischen Thema der Politikberichterstattung, das sich gerade im Nachgang zu den Umbrüchen in Tunesien wie der Region als besonders relevanter Bereich erwies.



Die dialoggers mit Botschafter Wolfgang Dold in Athen

DEUTSCH-GRIECHISCHER JOURNALISTENWORKSHOP

Zum dritten Mal führte das Journalistenprojekt „dialoggers“ der KAS Athen junge Journalisten aus Griechenland und Deutschland zusammen. Dieses Mal trafen sich die dialoggers zum Thema „Greece on the Move“ in Athen. In binationalen Teams recherchierten die 16 Teilnehmer Geschichten von einem Land im Wandel und einer Gesellschaft im Umbruch: Kreative und Künstler, die in der Krise etwas Neues beginnen, zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Missstände auflehnen, junge Unternehmer, die mit innovativen Geschäftsideen ein neues Unternehmerbild im Land vermitteln. Geschichten, die in der täglichen Berichterstattung über Griechenland immer noch wenig Platz finden: www.dialoggers.eu.



Nicht mehr nur bunte Bilder: Wie lässt sich eine echte Teilhabe der indigenen Völker in Lateinamerika verfassungsrechtlich organisieren? V.l.n.r.: Rosemberg Ariza, Universidad Santo Tomas, Bogotá, Vanesa Aguirre, Universidad Andina, Quito, Mariana Yumbay, Richterin am Obersten Gericht Ecuador, Ramiro Avila, Universidad Andina

SAND IM (EUROPÄISCH GEPRÄGTEN) VERFASSUNGSGETRIEBE LATEINAMERIKAS

Brauchen die ethnisch pluralen Gesellschaften Lateinamerikas andere Verfassungen?

Die Bilanz der Verfassungen, die die lateinamerikanischen Staaten vor gut zwei Jahrzehnten nach europäischem Vorbild rezipierten, ist ambivalent. Über die Gründe hierfür besteht Uneinigkeit. Die Verfechter des sogenannten Neo-Konstitutionalismus vertreten die Ansicht, dass das rechtstechnische „Copy and Paste“-Verfahren nicht funktioniert. Zu unterschiedlich sei der historische, gesellschaftliche und politische Kontext. Der höchst komplexe Ordnungsrahmen, der in Europa über Jahrhunderte hinweg gewachsen ist, in sozialen Konflikten erkämpft und durch Kriege geprägt wurde, funktioniert in anderen Kontexten nicht zwangsläufig. Dies gilt insbesondere für die zahlrei-

chen indigenen Völker. Ihre Sichtweise ist in den Verfassungstexten kaum enthalten. Als Konsequenz versuchen einige Gesellschaften, mehr oder weniger radikale Gegenvorschläge umzusetzen, die sich teilweise von rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen distanzieren. Diverse Fragen drängen sich daher auf: Ist der Verfassungsstaat europäischen Ursprungs tatsächlich nicht auf Lateinamerika übertragbar? Liegt es an dessen Umsetzung? Besteht Korrekturbedarf? Antworten auf diese Fragen sucht eine international angelegte Studie des KAS-Rechtsstaatsprogramms in den Andenstaaten in Zusammenarbeit mit der Universität Santo Tomás (Kolumbien). Ende Januar fanden hierfür Interviews und Dialogveranstaltungen mit relevanten Akteuren in Quito an der Universidad Andina Simon Bolivar statt.

ENDSPURT IM VERFASSUNGSREFORMPROZESS IN TANSANIA

Seit Februar 2014 tagt in der tansanischen Hauptstadt Dodoma die kürzlich ernannte verfassungsgebende Versammlung, um den zweiten Entwurf der neuen Verfassung zu diskutieren. Können sich die 640 Mitglieder aus Parlament (358), Repräsentantenhaus in Sansibar (81) und Vertretern der Zivilgesellschaft (201) innerhalb von 110 Tagen einigen, wird die Bevölkerung aufgerufen sein, der neuen Verfassung in einem Referendum Legitimität zu verleihen.

Unter dem Slogan „Katiba Moja Kwa Watanzania Wote – Pamoja Tutafika!“ (Eine Verfassung für alle Tansanier – Gemeinsam können wir es schaffen!) organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung in dem ostafrikanischen Land im Vorfeld eine Reihe von Veranstaltungen, um die Schaffung eines nationalen Konsenses für die neue Verfassung zu unterstützen. Während eines Runden Tisches kurz vor Beginn der verfassungsgebenden Versammlung tauschten



Während des Maendeleo-Dialogs, einer populären Diskussionsreihe der KAS Tansania, trägt eine mutige Teilnehmerin den etwa 250 Versammelten ihre Meinung in Form eines Gedichts vor.

sich Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus. Kurz darauf kamen 250 Teilnehmer aus Zivilgesellschaft, religiösen Institutionen, politischen Parteien, Bildungseinrichtungen, Medien und Regierung zu einem „Maendeleo-Dialog“ zusammen. Zudem informierten sich 100 Lehrer von Sekundarschulen über die Verfassungsreform, bevor daraufhin 200 Schüler und Studierende zum Thema Wählerregistrierung und Referendum diskutierten.



Studenten (angehende Richter) diskutieren Falllösungsmethodik in einem dreitägigen Seminar an der Königlichen Akademie der juristischen Berufe in Phnom Penh.

RECHTSSTAAT

KAMBODSCHA:

METHODENTRAINING DER RECHTSANWENDUNG

Das Erlernen von Rechtsvorschriften anhand konkreter Fälle ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Rechtsverwirklichung. Es begünstigt nachvollziehbare Ergebnisse im Sinne des Gesetzes und fördert Rechtssicherheit und Nachvollziehbarkeit. Die an deutschen Rechtsfakultäten gelehrt Subsumtionstechnik ist insofern nicht nur für die kontinentalen Rechtssysteme ein nützliches Werkzeug, sondern letztendlich für alle kodifizierten Statute und Rechtssysteme. Vor diesem Hintergrund unterrichtete der Leiter des Rechtsstaatsprogramms Asien, Marc Spitzkatz, in einem dreitägigen Lehrgang Ende Januar in Phnom Penh/Kambodscha angehende Richter an der Königlichen Akademie für die Juristischen Berufe. Anhand von 15 Fällen zum kambodschanischen bürgerlichen Recht wurde die Subsumtionsmethode zur Lösung von Fällen und Rechtsfragen sowie zur Rechtsauslegung mit dem Ziel erarbeitet, die angehenden Richter mit einem grundlegenden methodischen Verständnis für ihre Rechtsanwendung auszustatten.

David McAllister, Ministerpräsident a. D. und Spitzenkandidat der CDU bei der Europawahl 2014 (1 v.r.), Blerim Bexheti, Justizminister von Mazedonien (3.v.r.), und Aivo Orav, Leiter der EU-Delegation in Mazedonien (2.v.r.), bei der Veranstaltung „Die Verankerung der Rechtsstaatlichkeit im EU-Erweiterungsprozess“

EU IST MOTOR BEI JUSTIZREFORMEN

Die in Kroatien und Montenegro durchgeführten Justizreformen und die Konsolidierung der Grundrechte in diesen Ländern sind in erster Linie auf die konkreten Benchmarks zurückzuführen, die die EU im Rahmen des Beitrittsprozesses als Bedingung vorgegeben hat. Zu diesem Ergebnis kommt eine in Skopje veröffentlichte Studie, die im Rahmen einer vom Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa der KAS und der mazedonischen Nichtregierungsorganisation Zenith Association organisierten Konferenz im Dezember 2013 vorgestellt wurde. In der Publikation werden die in diesen Ländern durchgeführten Reformen unter die EU-Benchmarks subsumiert. Die Studie soll nunmehr der mazedonischen Regierung und der Zivilgesellschaft bei der Vorbereitung auf die EU-Beitrittsverhandlungen dienen.

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft



DEMOKRATISCHE ÜBERGÄNGE UND VERFASSUNGSGEBENDE PROZESSE

ARABISCHE UND INTERNATIONALE ERFAHRUNGEN IM VERGLEICH

Zusammen mit der Libanesischen Stiftung für Permanenten Zivilen Frieden veranstaltete das Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika im Libanon eine zweitägige Konferenz über demokratische Übergänge und verfassunggebende Prozesse aus arabischer und internationaler Perspektive. Ziel der Konferenz war es, die aus dem Arabischen Frühling resultierenden verfassunggebenden Prozesse zu analysieren, zu vergleichen und in Perspektive zu stellen.

An der Konferenz nahmen zahlreiche Justizvertreter (u. a. Issam Sleiman, Präsident des Libanesischen Verfassungsgerichtes), ehemalige Justizminister, Verfassungsrechtler sowie europäische und arabische Botschafter teil.

Die Teilnehmer der Konferenz waren sich darin einig, dass die durch die Demonstranten des Arabischen Frühlings angestoßenen demokratischen Prozesse auch eine neue Verfassungsordnung in den jeweiligen Staaten benötigen. Insbesondere wurde die Bedeutung der Grundrechte für die neuen Verfassungen in der arabischen Welt betont. Überdies wurde die Garantie der in der Verfassung gewährten Rechte als eine der wichtigsten Aufgaben der Justiz und als elementarer Bestandteil demokratischer Übergänge in der Region identifiziert.

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft



Dr. Ikhsan Modjo,
Leiter der Finanzabteilung
der Regierungspartei PD



■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

INDONESIEN IN DER KRISE: KAS VERSAMMELT ABGEORDNETE ALLER WICHTIGEN PARTEIEN



Das G20-Land Indonesien steckt in der Krise: mit dem Einbruch der Währung und dem Rückzug ausländischer Investoren mehrten sich seit Mitte 2013 die Probleme des einstigen südostasiatischen Musterschülers. Zur richtigen Zeit gelang es der KAS in Zusammenarbeit mit dem lokalen Partner Paramadina-Universität Ende November 2013, sowohl Abgeordnete der beiden Regierungsparteien Partai Demokrat (PD) und GOLKAR als auch bedeutende Vertreter der wichtigen Oppositionsparteien PDI-P und HANURA im indonesischen Nationalparlament zu einem runden Tisch zu versammeln. Gemeinsam diskutierten sie die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen des mit rund 250 Millionen Einwohnern

viertgrößten Landes der Welt. Besondere Relevanz erhielt die Veranstaltung aufgrund der 2014 stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Ziel war es, mögliche Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze für die aktuellen sozioökonomischen Herausforderungen zu erarbeiten. So herrschte abschließend Einigkeit über die Notwendigkeit der Entwicklung des ländlichen Raumes sowie die Diversifizierung der indonesischen Wirtschaft. Konkrete politische Maßnahmen ließen sich nicht zuletzt auch aus einzelnen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ableiten, so die Teilnehmer übereinstimmend.

VORSTELLUNG DES IDD-MEX

Im Januar präsentierte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko in Zusammenarbeit mit Polilat (Buenos Aires) und dem mexikanischen Unternehmerverband COPARMEX zum vierten Mal in Folge den Índice de Desarrollo Democrático de México (IDD-Mex). Startschuss der Präsentationsreihe gab die Vorstellung des IDD-Mex in Mexiko-Stadt vor den Präsidenten und Direktoren der 65 bundesweiten Unternehmerzentren. Im Anschluss wurde der IDD-Mex in vier weiteren Bundesstaaten vorgestellt, darunter Guanajuato und Baja California Sur, welche unter den besten fünf Bundesstaaten abschnitten. Auf großes Interesse stießen auch die Präsentationen des Demokratieindex in Veracruz und Chihuahua, welche zu den Schlusslichtern der Studie zählten. Der Demokratieindex vergleicht analog zum Demokratieindex Lateinamerika (IDD-Lat) die 32 Bundesstaaten Mexikos. Seine stark sensibilisierende Wirkung auf politische Entscheidungsträger wurde auch dieses Jahr erneut deutlich: zahlreiche Vertreter aus Politik und Wirtschaft nahmen

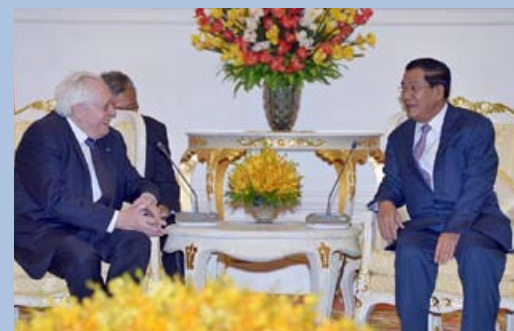
an den Präsentationen teil.



v.l.n.r.: Prof. Dr. Stefan Jost, Leiter des KAS-Auslandsbüros Mexiko, Juan Pablo Castañón, Präsident von Coparmex, und Jorge Arias, POLILAT-Direktor, bei der offiziellen Übergabe des IDD-Mex 2013

PROF. VOGEL BESUCHT VIETNAM UND KAMBODSCHA

Auf einer viertägigen Reise im Januar 2014 besuchten Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a.D. und Ehrenvorsitzender der KAS, und Dr. Gerhard Wahlers, stv. Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung EIZ,



Prof. Dr. Bernhard Vogel trifft Samdech Hun Sen, Premierminister Kambodschas.

Sie trafen dort mit hochrangigen politischen Gesprächspartnern zusammen. Anlässlich der Festveranstaltungen zum 20-jährigen Bestehen der KAS in beiden Ländern hielt Prof. Dr. Bernhard Vogel zwei vielbeachtete Festreden. In Hanoi wurde die KAS für ihr langjähriges Engagement für Demokratie in Vietnam von der Nationalversammlung geehrt. Um die politische Krise in Kambodscha erfolgreich zu überwinden, warb der Ehrenvorsitzende in Gesprächen mit dem Premierminister und den Oppositionsführern für mehr Kompromissbereitschaft beider politischer Lager. Der Besuch des Ehrenvorsitzenden war ein Signal an beide Länder für eine langfristige und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der KAS.



DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

Eröffnung des I. Adenauer-Forums zur politischen Bildung in Tunesien mit Nadine Schön MdB, Dr. Hardy Ostry, Leiter des KAS-Auslandsbüros Tunesien, und zahlreichen deutschen Experten

I. ADENAUER-FORUM IN TUNESIEN

DIE BEDEUTUNG POLITISCHER BILDUNG FÜR DEN TUNESISCHEN TRANSFORMATIONSPROZESS

„Eine Demokratie braucht Demokraten!“ Darin waren sich auch die Teilnehmer des I. Adenauer-Forums zur politischen Bildung in Tunesien einig, zu dem die KAS in Tunis Ende 2013 junge politische Aktivisten und Nachwuchskräfte einlud, um mit erfahrenen politischen Führungskräften, deutschen Experten sowie der Bundestagsabgeordneten Nadine Schön MdB die Bedeutung und Aufgabe politischer Bildung zu erörtern. Ziel des I. Adenauer-Forums war es, die Aufgaben, Methoden und Möglichkeiten politischer Bildung

auf dem Weg der Transformation hin zu einer freiheitlichen Demokratie näher zu beleuchten, zu analysieren und vor allem im tunesischen Kontext zu diskutieren.

Den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnte somit ein konkretes Werkzeug für ihr gesellschaftspolitisches Engagement an die Hand gegeben werden, um sie auf diese Weise in ihrer Aufgabe als Multiplikatoren politischer wie auch zivilgesellschaftlicher Partizipation zu stärken.



Absolventen des Diplomkurses, darunter Ministerin Ana Pineda (4. v.r. vorne) und Roy Urtecho, Vorsitzender der honduranischen Anwaltsvereinigung (vorne Mitte)



HONDURAS: DIPLOMKURS FÜR HOCHRANGIGE JURISTEN

Am 23. Januar 2014 nahmen rund 20 Teilnehmer ihre Diplome für den erfolgreichen Abschluss der Fortbildungsmaßnahme in Empfang. Prominenteste Absolventin war die Ministerin für Justiz und Menschenrechte, Ana Pineda. Ferner nahmen der Vorsitzende der honduranischen Anwaltsvereinigung, Roy Urtecho, die Dekanin der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Bessy Nasser, und Juristen der Generalstaatsanwaltschaft, des Kongresses, des Justizministeriums und der Universität teil.

Der Diplomkurs wurde von der Abteilung zur Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission, der Nationalen Universität von Honduras und der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam durchgeführt.

WAHLEN IN DER DR KONGO

FORTBILDUNGSVERANSTALTUNG FÜR FRAUEN IN KINSHASA

Es soll in Kinshasa fast eine Million Facebook-Nutzer geben. Detaillierte Angaben gibt es dazu nicht, aber man kann auf den Straßen viele Jugendliche mit Smartphones sehen, die im Internet surfen oder Nachrichten schreiben. Derzeit wird bei Wahlkämpfen und der politischen Meinungsbildung dieses Potenzial sehr wenig genutzt. Mit aktiver Unterstützung vom Frauen- und Bildungsministerium der Provinz Kinshasa hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Fortbildungsveranstaltung am 18. und 19. Februar 2014 für über 60 Frauen in Kinshasa angeboten. Die Frauen repräsentierten ein Bündnis aus 20 wichtigen Oppositionsparteien, welches sich für eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik einsetzt. Erfahrene Kommunikationsexperten präsentierten Strategien und einfache Wege, um mit möglichst vielen Menschen online zu diskutieren.





DIE NOTWENDIGKEIT ZU WIRKLICHER TRANSFORMATION

KONFERENZ ZUM 20. JUBILÄUM DER SÜDAFRIKANISCHEN DEMOKRATIE

Zum fünften Mal veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Partner FW de Klerk Foundation am 31. Januar 2014 in Kapstadt ihr jährliches Symposium, welches sich anlässlich des zwanzigsten Jubiläums der südafrikanischen Demokratie mit der Notwendigkeit wirklicher Transformation befasste. Angesichts der Zunahme gewaltsamer Proteste steht die Entwicklung einer funktionierenden Mehrparteiendemokratie und einer gerechteren Gesellschaft in Südafrika vor großen Herausforderungen. Unter rund 160 Konferenzteilnehmern befanden

sich erneut hochrangige Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien. Ein weites Spektrum von Rednern lobte Südafrikas Nationalen Entwicklungsplan als wegweisendes Dokument zur Lösung sozioökonomischer Probleme. Die Konferenz verdeutlichte, dass Transformation in Südafrika ein fortschreitender und notwendiger Prozess ist, um vergangenes Unrecht zu kompensieren und eine Zukunft zu gestalten, die auf den Grundwerten der südafrikanischen Verfassung beruht.



*Bild oben:
Präsident Frederik Willem de Klerk bei seiner Eröffnungsrede auf dem diesjährigen gemeinsamen Symposium von KAS und der FW de Klerk Foundation*

POLITISCHE PARTIZIPATION JUNGER FRAUEN IN LIMA



Im Dezember 2013 wurde an der Katholischen Universität Perus PUCP die Publikation „Wer hat gesagt, dass es einfach sein würde?“ vorgestellt, die vom Menschenrechtsinstitut der PUCP in Zusammenarbeit mit der KAS erarbeitet wurde. Die Studie konzentriert sich auf die politische Beteiligung junger Frauen in Peru.

Grundlage bildet die Analyse der politischen Kultur junger Frauen im Stadtrat von Lima während der Wahlperioden von 2006 und 2010. Hierzu wurden Politikerinnen aus verschiedenen Parteien interviewt; die politische Partizipation und Repräsentation junger Politikerinnen im Land wurde so umfassend dokumentiert.

Heraus gekommen ist ein in Peru bisher einzigartiges Buch, das aussagefähige Ergebnisse über die politischen Strukturen, soziale Gewohnheiten, Chancengleichheit und nach wie vor existierende Benachteiligung von Frauen in der Politik enthält.

+ + + KURZMELDUNGEN + + +

STUDIENDIALOG-PROGRAMM KOMMUNALPOLITIK

An dem Studiendialogprogramm vom 1. bis 8. Dezember 2013 haben zwölf gewählte Entscheidungsträger aus der Region Marrakech Tensift Alhaouz teilgenommen. Mehrere Vorträge und Diskussionsrunden konnten im alten Rathaus der Stadt Bonn durchgeführt werden, u.a. zu den Themen kommunale Selbstverwaltung in Deutschland, Innenrevision sowie Korruptionsbekämpfung und Finanzen. Die Delegation besuchte auch die Stadt Düsseldorf bzw. das Landesbüro der CDU, um die Themen Bürgerhaushalt und Planverfahren zu diskutieren.



UNSICHTBARE WUNDEN. BOMBERG SCHREIBT UND SINGT GEGEN DIE DIKTATUR

Der Arzt und Liedermacher Karl-Heinz Bomberg und die Psychotherapeutin Erika Kunz haben mit Vorträgen und Liedern das Publikum der KAS in Dakar lebhaft und greifbar über die Spätfolgen der Stasi-Diktatur informiert. Sie betonten die Rolle des Bürgerengagements für den Erhalt und die Lebendigkeit der Demokratie. Die Gäste stellten eine Parallele zu repressiven Regimen in Afrika her. „Wehret den Anfängen“, so nannte eine Teilnehmerin die Initiative von KAS und Bomberg. In mehreren Nachbarländern Senegals leiden Teile der Bevölkerung unter Repression und den nachfolgenden Traumata.

NEUIGKEITEN AUS DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT ■

50 JAHRE ARBEIT DER KAS IN ASIEN

EHRENDOKTORWÜRDE FÜR DR. PÖTTERING MDEP VON DER ATENEO DE MANILA-UNIVERSITÄT

Aus Anlass der Asien-Mitarbeiterkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung und des 50sten Jahrestages des Beginns der Arbeit der KAS in den Philippinen hielt sich der KAS-Vorsitzende Dr. Hans-Gert Pöttering vom 18. bis 21. Februar in der philippinischen Hauptstadt Manila auf. Die Philippinen waren das erste asiatische Land, in dem die KAS in den sechziger Jahren ein Büro eröffnete. Heute ist die Stiftung in 17 Ländern in Asien mit 21 Auslandsmitarbeitern vertreten. Seit der Eröffnung des Auslandsbüros in Yangon, Myanmar, im Februar 2014 ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in acht der zehn ASEAN-Staaten präsent.



Dr. Hans-Gert Pöttering MDEP, Präsident des Europäischen Parlaments a. D. und Vorsitzender der KAS, bekommt die Ehrendoktorwürde der Ateneo de Manila Universität von deren Präsidenten, José Ramon Villarin SJ, verliehen.

Asiens Aufstieg und die daraus resultierenden Herausforderungen für Deutschland und Europa sowie die Konsequenzen für die Arbeit der KAS in der Region wurden im Rahmen der Mitarbeiterkonferenz mit externen Experten erörtert.

Während seines Besuchs in Manila traf Dr. Pöttering mit führenden Politikern des Landes – unter ihnen Vizepräsident Binay und der Präsident des Abgeordnetenhauses Belmonte – zu politischen Gesprächen zusammen. Im Mittelpunkt standen dabei die Beziehungen zwischen Europa und dem südostasiatischen Land, die Demokratie-, Menschenrechts- und Armutsprobleme des Landes, sowie der Beitrag, den Projekte der KAS zu ihrer Lösung leisten können.

Anlässlich der 50-Jahr-Feier der KAS erinnerten langjährige philippinische Partner der KAS an die wechselvollen gemeinsamen Bemühungen um den Aufbau christ- und zentrumsdemokratischer politischer Bewegungen und Parteien in dem überwiegend katholischen Land. Der Präsident der jungen und noch im Aufbau befindlichen zentrumsdemokratischen Partei der Philippinen warb in seiner Grußbotschaft für die Fortführung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und für die Orientierung der notwendigen Reformen in den Philippinen und ganz Südostasien an christdemokratischen Grundwerten.



Höhepunkt des Aufenthalts von Dr. Pöttering in Manila war die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die angesehene Jesuitenuniversität Ateneo de Manila für seine Verdienste um die europäische Integration, die weltweite Achtung der Menschenrechte und die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs.

NAMEN UND GESICHTER

**Dr. Karsten Dümmel**

- Hat im März die Leitung des Auslandsbüros in Bosnien und Herzegowina übernommen
- Leitete davor das Auslandsbüro der KAS in Kenia
- Kontakt: karsten.duettel@kas.de

**Martin Wolf**

- Wird ab Juni den IT-Bereich des Auslandsbüros in Thailand unterstützen
- War zuvor als IT-Systemadministrator beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW und an der FH für Öffentliche Verwaltung NRW tätig
- Kontakt: martin.wolf@kas.de

**Dr. Arne Wulff**

- Leitet seit 1. März das Rechtsstaatsprogramm Afrika in Kenia
- Stand zuvor der Staatskanzlei Schleswig-Holstein vor
- Kontakt: arne.wulff@kas.de



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT****PARTIZIPATION DURCH KOMMUNIKATION: HANDBUCH FÜR DIE POLITISCHE PRAXIS**

Die KAS in Tunis veröffentlichte anlässlich ihres I. Adenauer-Forums zur politischen Bildung im Dezember 2013 ein von ihr erarbeitetes und realisiertes Handbuch zur politischen Praxis. Dieses Handbuch gilt als eine Einführung sowohl in das Konzept der politischen Bildung als auch in die Grundlagen der politischen Kommunikation. So lautet die erste Frage, die das Handbuch beantworten möchte: „Wie begeistere und gewinne ich andere für die Demokratie?“

**TURNING THE TIDE**

Das KAS-Auslandsbüro Israel unterstützt schon seit vielen Jahren den interreligiösen Dialog zwischen Juden, Muslimen und Christen im Heiligen Land. Die neue Publikation „Turning the Tide of Christian-Jewish Relations“ dokumentiert die Gemeinsamen Erklärungen des Vatikans und des israelischen Oberrabbinats 2003-2013. Der Publikationstermin wurde vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch von Papst Franziskus im Heiligen Land gewählt.

**SOZIALE MOBILISIERUNG UND POLITISCHE VERTRETUNG IN LATEINAMERIKA**

Warum sind in vielen südamerikanischen Ländern mit einer positiven Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren so viele soziale Mobilisierungen zu beobachten? Besteht die Gefahr, dass noch mehr Länder der Region dem sogenannten Sozialismus des XXI. Jahrhunderts verfallen? In einer Studie der KAS-Kolumbien werden diese Fragen untersucht. U.a. wird die sozioökonomische Lage in drei Ländern verglichen werden – ausgehend vom Fall Kolumbien und unter Einbeziehung der Entwicklungen in Chile und Peru.

**REDEN VON KONRAD ADENAUER AUF UNGARISCH**

Konrad Adenauer ist Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Grundlegende Weichenstellungen seiner Kanzlerschaft (1949-1963) bestimmen bis heute die innere Struktur und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland. Der Band beleuchtet das Leben und die Arbeit Konrad Adenauers, spiegelt sein politisches Denken wider und zählt zugleich als Nachschlagewerk der frühen Bundesrepublik. Es handelt sich um eine ungarische Übersetzung des von Felix Becker herausgegebenen Buches „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung. Reden und Gespräche, 1946-1967“, das 1998 im Auftrag der KAS erschien.

**DAMIT WIR NICHT VERGESSEN. ERINNERUNG AN DEN TOTALITARISMUS IN EUROPA**

Das Lesebuch für die gymnasiale Oberstufe stellt 30 bemerkenswerte Lebensgeschichten von Menschen aus 16 Ländern Europas vor, die in Zeiten des Totalitarismus verfolgt, verhaftet und misshandelt wurden. Die KAS und die Plattform des europäischen Gewissens und Gedächtnisses beabsichtigen, mit der tschechischen Fassung dieses Lesebuchs die heutige junge Generation über die tragische totalitäre Vergangenheit Europas aufzuklären und die Bedeutung der Verteidigung der Grundrechte und -freiheiten sowie der demokratischen Werte in der Gesellschaft zu vermitteln.